

Konferenz „Das Deutschland-Bild der Ungarn“

## Mitteuropäische Identität gewünscht



Foto: Anna von Armanspang/ Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ungarn haben überwiegend eine sehr gute Meinung über Deutschland, verlautetete am Dienstag auf der Konferenz „Das Deutschland-Bild der Ungarn“, die vom Nézőpont-Institut veranstaltet wurde. Einer gemeinsamen Erhebung mit dem ungarischen Büro der Konrad Adenauer-Stiftung zufolge waren es 54%. Den Ausbau der bilateralen Beziehungen befürworten 62%. 42% der Befragten sind der Auffassung, dass bislang sowohl

Deutschland als auch Ungarn von den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen profitierten.

Der Erhebung zufolge sind 68% der Befragten mit der Migrationspolitik der ungarischen Regierung einverstanden, lediglich 19% begrüßen die Einwanderungspolitik Deutschlands. Das Hauptproblem der ungarisch-deutschen Beziehungen – und gleichzeitig ein mitteleuropäisches Prob-

lem – ist, dass es die geopolitische Lage Deutschlands in Europa gleichzeitig zu einem mitteleuropäischen und westeuropäischen Land mache, Berlin jedoch eher seine westeuropäische Identität betone, hob Zoltán Balog, Vorsitzender der Stiftung „Für ein Bürgerliches Ungarn“, auf der Konferenz hervor. Dabei habe Deutschland Erfahrungen mit beiden Diktaturen und könnte mit größerer Sensibilität die geopolitischen Entscheidungen Mitteleuropas verstehen. Unter Kanzler Kohl war das noch der Fall. Innerhalb der EU müssten die Meinungsunterschiede, die aus politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ereignissen resultieren, akzeptiert werden. Westeuropa müsse hinsichtlich der Migration akzeptieren, dass Mitteleuropa einen anderen Weg beschreite.

Ungarn ist der größte Freund Deutschlands und sein glühender Anhänger, erklärte Ágoston Sámuel Mráz, Leiter des Nézőpont-Instituts. Die Beziehungen wurden in den vergangenen Jahren durch die unterschiedlichen Anschauungen zur Migration leider etwas überschattet. Nun scheint es, dass die CDU mit dem Wechsel ihrer Vorsitzenden auch den Standpunkt über die Migration überdenkt; dies könnte sich bereits in diesem Jahr positiv auf die bilateralen Beziehungen auswirken.